

Im Land NRW ist eine große Vielfalt an Gedenkstätten entstanden

Mahnung gegen Faschismus und Terror der Nazizeit

Gedenkstätten sind Mahnungen gegen Faschismus und Nationalsozialismus. Nachdem die Entwicklung in NRW erst zögerlich angelaufen war, ist inzwischen eine vielfältige Mischung von Gedenkstätten im Land entstanden. Diese Auffassung vertraten Sprecherinnen der Koalition bei der Begründung ihres Antrages „Gegen das Vergessen – die Landespolitik unterstützt die Arbeit der Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen“. Auch Schul- und Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) würdigte die vielfältigen Strukturen der Gedenkstättenarbeit. Von der CDU-Fraktion wurde ebenfalls die Ansicht vertreten, daß die Arbeit der Gedenkstätten Unterstützung verdiene. Die Union vermißte allerdings, daß die kommunistisch-stalinistische Diktatur im Koalitionsantrag mit keiner Silbe erwähnt worden sei. Der Antrag wurde an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung, federführend, sowie an den Kulturausschuß überwiesen (Drs. 12/3134).

Karin Jung (SPD) erinnerte an die zeitliche Entstehung von Gedenkstätten. 1960 sei im Rat der Stadt Oberhausen die Entscheidung gefällt worden, eine Gedenkhalle im Schloß Oberhausen zu errichten. Man habe dann im Lande jahrelang keinerlei Bewegung in dieser Richtung gehabt. Die nächste Entscheidung sei 1977 gefallen, die Gedenkstätte Wevelsburg zu errichten. 1980 sei die Alte Synagoge Essen gefolgt, 1981 die Gedenkstätte Köln im El-De-Haus, 1987 die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf. Alle weiteren Gedenkstätten seien erst in den 90er Jahren entstanden. „Daß wir erst in diesen Jahren bereit waren, am Ort, an dem wir leben, eine Einrichtung zu schaffen, die die Verhältnisse der Nazizeit beleuchtet, die der Opfer gedenkt, die die Gelegenheit gibt, sich mit den Vorgängen in der eigenen Vaterstadt in der Zeit des Terrors und der nationalsozialistischen Herrschaft auseinanderzusetzen, muß man auch einmal auf sich wirken lassen“, sagte Frau Jung. Erst in den 80er Jahren habe man sich vorsichtig dieser Selbstaufklärung genähert, die bitter nottue. Sie fügte indessen an, man habe nun eine enorme Vielfalt in den entstandenen Gedenkstätten mit unterschiedlichen Trägerschaften.

Brigitte Schumann (GRÜNE) bekräftigte, Gedenkstätten seien Mahnungen gegen Faschismus und Nationalsozialismus und deshalb unverzichtbar. Gedenkstättenarbeit solle aber auch dazu beitragen, daß die Bedingungen durchschaut würden, unter denen solche Entwicklungen bis zum völligen Verlust der Kulturfähigkeit von Menschen und des Verlustes des humanen und zivilen Kerns des einzelnen Menschen geschehen könnten. Gedenkstättenarbeit solle den Widerstand darstellen, den Mut von Menschen, die sich trotz der Bedrohung für das eigene Leben dazu entschieden hätten, Widerspruch und Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror und die Gewaltherrschaft anzumelden. Gedenkstättenarbeit sei immer eine, die wie ein Seismograph anzeige, wo die Gesellschaft stehe: „Welches Wissen hat sie von sich selbst? Welche historische Kompetenz im Sinne

von Erinnerungsfähigkeit und Utopiefähigkeit hat sie?“ Sie folgte: „Ich glaube, daß unsere historische Kompetenz, insgesamt gesehen, nicht besonders gut ist.“

Theodor Kruse (CDU) brachte für die CDU-Fraktion zum Ausdruck, „daß wir – wie die Antragsteller – auch der Auffassung sind, daß die Arbeit der Gedenkstätten Unterstützung verdient“. Er fuhr fort: „Auch wir sind gegen das Vergessen.“ Für die CDU seien die Kenntnisse der Geschichte und die Kenntnisse der eigenen Vergangenheit Voraussetzung für Kultur und umgekehrt. Leider werde dieser Grundgedanke in dem Antrag nicht ausreichend beachtet. Die Ablehnung des Antrages begründete der Abgeordnete mit der Feststellung, Deutschland sei ein Land mit doppelter Diktaturerfahrung, nämlich der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und der stalinistisch-kommunistischen Diktatur. Dies werde in dem Antrag mit keiner Silbe erwähnt. Bis auf den heutigen Tag spiele in der dringend nötigen Auseinandersetzung mit dem Extremismus sowohl für weite Teile der SPD als auch für Bündnis 90/Die GRÜNEN der Linksextremismus überhaupt keine Rolle. Diese Interpretation der Geschichte lehne man ab, weil die Teilung Deutschlands auch eine Teilung der Geschichte gewesen sei.

Schul- und Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) begrüßte für die Landesregierung ausdrücklich, daß die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag auf die Notwendigkeit einer kritischen und gesellschaftlich breit fundierten Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus hingewiesen hätten. Es sei richtig, die vielfältigen Strukturen und die gewachsene Pluralität der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit zu würdigen. Man habe hier Aufgabenteilung zwischen Initiativen, Vereinen, Weiterbildungseinrichtungen in priva-

ter Trägerschaft, kommunalen Gedenkstätten, Museen und Volkshochschulen. Das sei richtig und gut so, denn je vielfältiger die Landschaft sei, desto stärker könne man davon ausgehen, daß die Arbeit in und um Gedenkstätten herum lebendig bleibe. Die Ministerin machte ferner darauf aufmerksam, daß die Erinnerung, das Gedenken lokal verankert werden müsse. Nur dann könne es bei den Jugendlichen auch Bestandteil der eigenen Lebenserfahrung im weitesten Sinne sein. „Denn diese lokale Arbeit vor Ort erinnert an die Opfer und mahnt an Verbrechen im unmittelbaren Lebensumfeld“, betonte Frau Behler.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) sagte, den Grundgedanken des Antrages, in dem es darum gehe, eine Kultur des Gedenkens zu fördern, halte man für richtig und auch für wichtig. Nur springe die Koalition zu kurz. Die Deutschen seien ein Volk mit doppelter Diktaturerfahrung. Man stehe somit auch in der Verpflichtung der Aufarbeitung zweier totalitärer Diktaturen. Wenn die Koalition heute, mehr als 50 Jahre nach Beendigung des Dritten Reiches, dazu aufrufe, an den Hochschulen des Landes eine Intensivierung der Geschichte des Nationalsozialismus und der Gedenkstättenarbeit in NRW zu fördern, dann dürfe man sicherlich darauf hoffen, daß im Jahre 2035 eine Nachfolgefraktion dazu aufrufe, ein intensives Studium der Verbrechen während der DDR-Diktatur in Angriff zu nehmen. „Das dauert uns, offen gesagt, zu lange.“ Man sei der Meinung, daß es notwendig sei, jetzt mit der Aufarbeitung der deutschen Geschichte im geteilten Deutschland nach 1945 zu beginnen.

Karin Jung (SPD) unterstrich, es werde eine Aufgabe der Bürger in der ehemaligen DDR sein, im Bereich der Gedenkstätten in der DDR sich das zu vergegenwärtigen, was

(Fortsetzung Seite 23)



Plenare Pause: v. l. Monika Brunert-Jetter und Günter Langen (beide CDU).

Foto: Schälte

Johannes Rau 40 Jahre Mitglied des Landtags

Johannes Rau (SPD), ehemaliger Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, gehörte am 21. Juli 40 Jahre dem Düsseldorf-Landtag an. 1958 zog er als jüngster Abgeordneter in das NRW-Parlament, damals noch im Ständehaus, ein. Seinen Wuppertaler Wahlkreis hat er danach neunmal in Folge und dreimal in Folge mit absoluter Mehrheit die Landtagswahl gewonnen. Johannes Rau ist heute der dienstälteste Abgeordnete des Landtags im bevölkerungsreichsten Bundesland.

Gedenkstätten...

(Fortsetzung von Seite 15)

auf ihrem damaligen Staatsgebiet geschehen sei. Sie sei allerdings nicht der Auffassung, daß man hier in NRW Gedenkstätten im Sinne des Koalitionsantrages errichten könne, indem man etwas, was hier vor Ort nicht stattgefunden habe, nachbaue. „Wir werden hier keine Stasizentrale nachbauen können, damit die Leute in NRW sie sich einmal angucken können“, sagte Frau Jung. Sie schloß mit der Frage, wie die Vorgänge in der DDR aufgearbeitet werden könnten, und stellte dazu fest: „Das kann sicherlich nicht in Form der Gedenkstättenarbeit in NRW geschehen.“ Sie meine, jeder solle die Verantwortung, die er auf sich geladen habe und die er vor der Geschichte trage, selbst bewältigen.

Schul- und Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) bezeichnete in einem weiteren Beitrag die Diskussionen um die Verharmlosung des Nationalsozialismus als „zu gefährlich“, als daß man nicht an jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt seine Worte wägen müßte, wenn es denn um die Auseinandersetzung um diesen Teil der deutschen Geschichte gehe. „Wir haben Tradition damit, daß der Nationalsozialismus auch dadurch relativiert wird, daß mit dem Zeigefinger auf andere Dinge hingewiesen wird – auch auf andere Verbrechen.“ Eine solche Diskussionstradition bezeichne sie „in der Tat als verhängnisvoll“.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ute Koczny (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands;
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine
Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag,
Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Wolfgang Röken ist von sportlich-kultivierter Erscheinung. Früher, als Leiter einer Hauptschule, war er gewiß eine Respektperson auch für die größten Rabauken. Der Sozialdemokrat aus Gladbeck plaudert in angenehmem, kontrolliertem Ton, eine hinreichend gepflegte Atmosphäre beim Tischgespräch scheint ihm wichtig zu sein. Wenn er über sich als politischen Arbeiter daheim in der Gladbecker Parteipolitik sagt, er sei „der Junge für alles“, kommt man ins Grübeln. Ob der eher feingeistig wirkende Mann wirklich auch ein Sozialdemokrat fürs Grobe sein kann? Er selbst sagt über sich, nach außen hin wirke er ruhig, ein dickes Fell jedoch habe er sich nicht zulegen können, es würde auch die notwendige Sensibilität stören.

Schnell spürt man, daß der Pädagoge Röken nicht leidenschaftlich gerne über Schul- und Bildungspolitik redet. Es bleibt bei einem wackren Bekenntnis für die Gesamtschule, deren Idee man nach Röken Meinung konsequenter hätte verfolgen und durchsetzen müssen. Schließlich hätten andere vergleichbare Industriestaaten doch auch Schulsysteme mit Gesamtschulcharakter. „Aber“, betont er, „ich will mich bewußt hier nicht mit Bildungspolitik befassen.“ Ihn stört die Schablone: Aha, ein Lehrer, folglich Schulpolitik. Also: Wolfgang Röken der politische Generalist. Das hat ihm in der Zeit als Ober-/Bürgermeister von Gladbeck geholfen. Er übernimmt gerne Verantwortung, wenn es geht, in leitender Funktion. Jemand, der so engagiert ist, wie der leidenschaftliche Kommunalpolitiker Röken, von dem manche sagen, er sei ein Workaholic, für den muß doch Politik Drogenersatz sein. „Ja“, räumt der SPD-Abgeordnete ein, „trotz allen Ärgers, den die Politik mit sich bringt, eine gewisse Droge ist sie schon.“ Röken stört der Ansehensverlust, den die Politiker erleiden. Er sagt, er sei pflichtbewußt, jemand, der in der Kommunal- und Landespolitik weniger große Erklärungen als vielmehr kleine vernünftige Taten schätzt. Er mag es, wenn die Menschen seinen Rat suchen. Das Wahlkreisbüro hat von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Röken entstammt keiner sozialdemokratischen Familie, wiewohl die Mutter seit 20 Jahren die SPD wählt. Über die Mutter spricht er mit großer Bewunderung. Nachdem der Vater, ein Schneidermeister, bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen war, mußte die Mutter wieder arbeiten, damit sie ihm das Studium finanzieren konnte. Eigentlich habe er Publizistik belegen wollen, doch dies sei zu langwierig und damit zu teuer gewesen. Also entschied sich der junge Wolfgang Röken fürs kurze Studium an der PH im heimatortnahen Essen. Für die Schwester blieb „nur“ die Realschule. Gleichheit der Bildungschancen für alle – dieses Anliegen habe ihn letztlich in die SPD gebracht, erinnert sich der in Sachsen-Anhalt Gebürtige. In der Sozialdemokratie verschmähte er das Flügeldenken. Ein politischer Typus wie Wolfgang Clement sage ihm sehr zu. Über Willy Brandt spricht Röken zwar wie jeder aufrechte Sozialdemokrat mit Respekt, aber er findet auch: „Man sollte Brandt nicht überhöhen, ich habe mich politisch nie zu seinen Enkeln gerechnet.“ Über seine Arbeit im Landtag redet er mit reichlich Sinn fürs Machbare: „Es war mir klar, daß ich nicht in der ersten Reihe sitze, ich bin nicht angetreten, um den Düsseldorf-Himmel zu stürmen.“ In den Landtagsausschüssen für Städtebau und Wohnungswesen sowie Verkehr will Röken seine



Wolfgang Röken (SPD)

langjährigen Erfahrungen aus Gladbeck einbringen, natürlich auch noch etwas für den eigenen Wahlkreis „herausholen“. „Denn dort bin ich gewählt worden.“ Ginge es nach ihm, ließe er sich auch für die kommende Legislaturperiode wählen.

Immer wieder lenkt Röken das Gespräch Richtung Kommunalpolitik. Er streicht die fahrradfreundliche Stadt Gladbeck heraus, das erfolgreiche Modellprojekt ÖPNV, die Städtepartnerschaften zusätzlich zum Üblichen. Auf die von ihm angestoßene Verbindung, beispielsweise zum türkischen Alanya, ist er besonders stolz. In Gladbeck leben 6 500 Türken, die Stadt hat 80 000 Einwohner. Wann immer er dienstlich oder privat in die Türkei reise, empfinde er die Deutschfreundlichkeit dort: „Fast beschämend für uns.“ Röken kann sich, bei aller Verwurzelung im Revier, auch über Reisen in die weite Welt begeistern. Der dienstliche Abstecher nach Vancouver im Frühjahr war ein unvergeßliches Erlebnis. Nach New Orleans möchte er einmal, dort, wo Jazz in der Luft liegt. Diese Musikrichtung hat es dem Abgeordneten angetan. Wie das bei einem wie ihm, der gern alles selbst in die Hand nimmt, nicht verwundert, hat er sich zum Vorsitzenden des Gladbecker Jazzclubs wählen lassen. „Wir veranstalten jedes Jahr das schönste Jazzfest im Ruhrgebiet“, meint er. „Ja, einmal nach New Orleans, das wäre ein Traum.“ Eine weitere Idee von Röken war es, Jazz im Rathaus zu bieten, stets am 2. Advent wird der Ratssaal leergeräumt für eine gemischte Präsentation von Jazzmusik und Kunsthandwerk.

Zurück zur Politik: Röken mag klare Verhältnisse, spricht absolute SPD-Mehrheiten. Das müsse auch das SPD-Ziel für den nächsten Landtag sein, anderenfalls werde man doch für vieles verantwortlich gemacht, das man nur mit halbem Herzen mittrage. Es wurmt einen wie Röken gewaltig, daß in Gladbeck derzeit nicht die SPD, sondern die CDU den Bürgermeister stellt. Allerdings wirkt der Politiker, der die Werke von John Steinbeck und Werner Bergengruen zu seiner Lieblingslektüre zählt, zu keinem Zeitpunkt des Tischgesprächs, bei dem er sich zum Essen einen Weißwein gönnt, verblissen parteipolitisch.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

